

16.01.2018

# Änderungsantrag

der Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 17/800  
in der Fassung nach der 2. Lesung

zu der Beschlussempfehlung und dem Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 17/1700

zur 3. Lesung

## **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)**

Einzelplan 08 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung

Kapitel 08 013      Grundstücksfonds und Flächenpool Nordrhein-Westfalen  
Titel 821 10        Grundstücksfonds für die Nutzbarmachung von Brachflächen

Erhöhung des Baransatzes

Von 12.500.000 Euro  
Um 5.000.000 Euro  
Auf 17.500.000 Euro

### Begründung:

Fehlende Flächen für die Neuansiedlung oder Weiterentwicklung von Unternehmen stellen bereits heute ein großes Problem für viele Kommunen dar. Die landesseitig

Datum des Originals: 16.01.2018/Ausgegeben: 17.01.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

bestehenden Instrumente zur Unterstützung der Kommunen sollten daher gestärkt werden anstatt neue, bislang nicht inhaltlich unterlegte Förderprogramme, wie z. B. im Bereich Heimat, zu erfinden, die aktuell keinen erkennbaren Beitrag zur Lösung bestehender und drängender Probleme leisten werden. Der Grundstücksfonds ist das zentrale Instrument um die Flächen von vielfach hochgradig problembelasteten Altstandorten einer städtebaulichen neuen Nutzung zuzuführen. Zentrale Anliegen sind dabei die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, die Aufwertung von Brachflächen zur Aktivierung von Stadtentwicklungspotenzialen sowie aktiver Freiraumschutz. Allein im vergangenen Jahr wurden rund 35 Hektar der altindustriellen Flächen erfolgreich vermarktet, damit konnte der Flächenumsatz des Jahres 2015 verfünffacht werden. Vor dem Hintergrund der vielerorts bestehenden Flächenknappheit ist das Flächenrecycling ein wichtiges Instrument für die Innenentwicklung, um Bebauung in bislang unbebauten Außenbereichen zu verhindern.

Monika Düker  
Arndt Klocke  
Verena Schäffer  
Johannes Remmel

und Fraktion